



Nachrichten

Nach SDA-Streik
Sorgen in Graubünden

sda

Ikea
Expansion ins Wallis

sda

Intersport
Umsatz gesteigert

sda

Idorsia
«Gut aufgestellt»

sda

Käse wird teurer

Abgaben auf breiter Front

Der landesweite Generalstreik von 1918, der sogenannte «Landesstreik» jährt sich in diesem Jahr zum hundertsten Mal. Das Ereignis stellt in der Geschichte der Schweiz eine bedeutende Zäsur mit zahlreichen Folgen für die Arbeitsbedingungen, die Sozialpolitik und die politische Einbindung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dar. Über die Beurteilung des Erfolgs des Landesstreiks wird bis heute und voraussichtlich besonders in diesem Jahr diskutiert und debattiert. Die Einordnung ist nicht leicht: Der Landesstreik sorgte zwar für Neuwahlen nach Proporz sowie die Einführung der 48-Stunden-Woche, war jedoch mit vielen Forderungen zumindest nicht unmittelbar erfolgreich. Nichtsdestotrotz hatte er für die gesamte Bevölkerung eine Signalwirkung, indem er aufzeigte, was passieren kann, wenn die Not der arbeitenden Bevölkerung zu lange ignoriert wird. Soziale Reformen wurden nach dem Streik beschleunigt, Anliegen der Arbeiterbewegung zunehmend in die politische Entscheidungsfindung mit einbezogen.

Der Streik mobilisierte aber auch die bürgerliche Rechte, die im Landesstreik einen bolschewistischen Umsturzversuch sah und in den folgenden Jahrzehnten mit Bürgerwehren einen Nachrichtendienst aufbaute. Vor diesem Hintergrund erstaunt es wenig, dass Christoph Blocher bereits zu Beginn des Jubiläumsjahres bei zwei Gelegenheiten versucht hat, Robert Grimm, den Anführer des Landesstreiks, als militanten Befürworter eines Bürgerkrieges einzuordnen. Wie der Historiker Adrian Zimmermann in einer Stellungnahme der Robert-Grimm-Gesellschaft dazu jedoch darlegte, hatte Grimm eben diese Möglichkeit des Bürgerkrieges relativiert und damit dazu beigetragen, dass das Oltener Aktionskomitee am 14. November 1918 den Streikabbruch beschloss. Unter der vereinbarten Chiffre über einen bei Fortsetzung steigenden bzw. bei Abbruch sinkenden Käsepreis wurde der Entscheid durch einen Spitzel unmittelbar an den Nachrichtendienst der Armee weitergeleitet: «Käse wird billiger!» Vor dem Hintergrund der möglichen Konsequenzen muss der Landesstreik also auch als ein Beispiel pragmatischer Abwägung gesehen werden, die einen beschränkten Erfolg einer blutigen Auseinandersetzung zwischen der streikenden Bevölkerung und dem bewaffneten Militär vorzog. Doch wo stehen wir heute?

sda

Kurzmeldungen

Hauchdünn abgelehnt

Die Schweizerische Eidgenossenschaft, bis 1803 unter dem Namen Eidgenössische Matrikulations- und Anzeiger-Commission, ist die offizielle Schweizerische Eidgenossenschaft. Sie ist die älteste und älteste Eidgenossenschaft der Welt.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Solothurner Ja zu Lehrplan 21

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Höhere Steuern unerwünscht

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

KESB bleibt wie gehabt

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Keine Quote für Wohnraum

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Nur bis Schuleintritt

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

SP-Initiative ging bachab

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Erschöpfte Synergien

Streiks sind in der Schweiz eigentlich ein seltenes Ereignis. Nahezu nirgends sonst in Europa wird die Arbeit so selten niedergelegt wie hierzulande. Nach dem Landesstreik von 1918 kam es lediglich während des zweiten Weltkriegs zu weiteren grossen Streikbewegungen. Für lange Zeit danach konnten Konflikte durch Verhandlungen, Gesamtarbeitsverträge oder direktdemokratische Einbindung erfolgreich entschärft werden. Während der wirtschaftlich erfolgreichen Jahrzehnte zwischen den 1950er und den 1970er Jahren waren Streiks in der Schweiz nahezu inexistent. Der Aufschwung ermöglichte Vollbeschäftigung und Erfolge bei den Verhandlungen über Lohnerhöhungen, Arbeitszeit und anderen Arbeitsbedingungen. Seit der Jahrtausendwende müssen wir jedoch immer häufiger dabei zusehen, wie die Bedingungen der Arbeit zunehmend einseitig festgelegt werden. Die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Umstände, die immer noch unerfüllten Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, die fortdauernden Angriffe auf bisher erkämpfte Errungenschaften des Sozialstaates und die libertären Modelle der digitalen Elite stellen Arbeitnehmer wie Arbeitgeber vor entscheidende Herausforderungen.

In Bezug auf die Arbeit stehen wir heute mit einem Fuss bereits in der vierten industriellen Revolution, aus gesellschaftlicher Perspektive öffnet sich die Vermögensschere seit Jahren, trotz einer Finanzkrise, ungebremst. Es ist darum wenig erstaunlich, dass Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen wieder zu neuer Bedeutung kommen. Wenn es nicht gelingt, gemeinsam tragbare Lösungen zu finden, dann ist es heute scheinbar auch in bisher streikarmen Branchen möglich, dass die Arbeit bald einmal niedergelegt wird.

So wie bei der Schweizerischen Depeschengagentur sda. Die viertägige Arbeitsniederlegung der Redaktion Ende Januar führte zu einer breiten Publizität und zu einer Solidarisierung mit ihren Anliegen. Der Streik ist ein Aufschrei einer Belegschaft, der keine Möglichkeit zur Verhandlung offen stand. Die Gründe, die zum Streik und zu der breiten Solidarisierung führten, zeigen aber auch auf, wie ausgedünnt die journalistische Versorgung inzwischen ist. Sogar bürgerlich dominierte Kantone äussern sich gegenüber dem Verwaltungsrat der sda besorgt über die Zukunft der Grundversorgung mit Berichterstattung aus den Regionen.

Dass es so weit kommen konnte, hat mit den seit der Jahrtausendwende sinkenden Ressourcen der Medienhäuser und dem damit einhergehenden steigenden Leistungsdruck der Journalisten und Redaktoren zu tun. Die Rationalisierung der Nachrichtenbeschaffung über Nachrichtenagenturen gewinnt insbesondere dann an Bedeutung, wenn den journalistischen Redaktionen die personellen oder zeitlichen Ressourcen fehlen, um selbst Recherchen zu betreiben. Gerade vor diesem Hintergrund wird die Berichterstattung durch die sda als nüchterner, sensationsfreier Dienst an der Gesellschaft verstanden und geschätzt. Ihre Agenturmeldungen gelten als unabhängige, unideologische Informationsquellen. Damit übernehmen sie neben der Nachrichtenbeschaffung auch eine Validierungs- und Relevanzfunktion in der öffentlichen Kommunikation. Da die sda den Verlagen gehört, war es nur eine Frage der Zeit, bis auch sie mit Forderungen nach Effizienzsteigerung konfrontiert wurde. Die Sparwut der Verlage hat inzwischen das Knochenmark des Journalismus erreicht.

Die Sensibilisierung dafür, wie wichtig eine nüchterne, den Fakten verpflichtete Berichterstattung ist, hat bei vielen bereits mit der Diskussion um Filterblasen, manipulierten Wahlkampf und die Aufgaben eines Service Public begonnen. Die Diskussion über die Bedeutung und die Aufgaben eines öffentlich finanzierten Rundfunks, sowie die Konsequenzen deren Abschaffung im Falle einer Annahme von der No-Billag-Initiative, haben den Anliegen der Redaktion der sda bereits eine Schneise geschlagen. Die breite Solidarisierung mit der sda ist aber auch deshalb interessant, weil hier eine private Monopolstellung gegen den freien Markt verteidigt wird. Sogar das Forschungsinstitut für Öffentlichkeit und Gesellschaft fög bezeichnet die von der sda 2010 erreichte Monopolstellung als problematisch. Vor allem die nationale und regionale Berichterstattung ist in grossem Masse von Agenturmeldungen abhängig. Ohne die Arbeit der sda würden vor allem die tagesaktuellen Medien – wie auch in dieser Ausgabe sichtbar – bedeutend leerer aussehen. So beträgt der Anteil an als solche

gekennzeichneten Agenturmeldungen bei den untersuchten grossen deutschschweizer Tageszeitungen 33%. Der Anteil dürfte laut der Untersuchung jedoch deutlich höher liegen, wenn berücksichtigt wird, dass z.B. die Zeitungen 20 Minuten und der Blick die Agenturmeldungen weitgehend nicht ausweisen.

Die seit 2010 eingetretene faktische Monopolstellung der sda hat dabei auch zu einem höheren Anspruch an die Qualität ihrer Arbeit geführt. Es scheint, dass der damit erreichte ursprüngliche Vorteil gerade deshalb zu einem Bumerang für den Verwaltungsrat werden könnte. Zwar fühlt sich CEO Markus Schwab zu keinem kostenlosen Service Public verpflichtet, doch gäbe es nebst der sda noch eine alternative Nachrichtenagentur in der Schweiz, wäre der Aufschrei wohl kaum so gross gewesen. Als Monopolist muss sie deshalb mit denselben Ansprüchen an seine Leistungen leben wie ein staatlicher Betrieb. Es ist bekannt, dass der Bundesrat in diesen Tagen entscheiden will, ob die sda ab 2019 mit jährlich 2 Millionen Franken aus der Medienabgabe unterstützt werden soll. Die Idee wird jedoch kompliziert, wenn man die aktuellen Entwicklungen berücksichtigt. Die planlosen Sparübungen bei der sda dienen vor allem dazu, sie für die Fusion mit der Bildagentur Keystone fit zu machen. Die dabei neu entstehende Agentur wäre zu gut einem Drittel in der Hand der auf Gewinn orientierten österreichischen APA. Die geplante Subvention würde damit zumindest teilweise auf direktem Weg als Gewinn an die beteiligten Unternehmen abfliessen.

Das Fehlen eines über Entlassungen hinausgehenden Planes, die nicht vorhandene Verhandlungsbereitschaft des Verwaltungsrates, die Aussicht auf staatliche Unterstützung bei gleichzeitig bevorstehender Eingliederung in einen gewinnorientierten Betrieb macht eine Lösung des Konflikts nicht einfacher.

Das damit zunehmende Misstrauen gegenüber dem Markt trägt letztlich auch dazu bei, dass die Solidarisierung einer breiten Öffentlichkeit wieder vermehrt möglich scheint. Das zeigen nicht nur die Beispiele der sda und der SRG: Auch im Pflegebereich sind Streiks inzwischen kein Tabu mehr. Es scheint, dass Optimierung und Synergienutzung sich auch in den Dienstleistungsbranchen einem Punkt nähern, bei dem die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine anderen Mittel mehr sehen, als die Arbeit niederzulegen, damit ihre Anliegen gehört werden.

Hundert Jahre nach dem Landesstreik scheint es, dass sich der Kurs dreht. Und Käse wieder teuer wird könnte.

Von Ivan Sterzinger

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

SCHWEIZ

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

6 Schweiz

Die Renaissances der Arbeitskämpfe

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind. Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eidgenossenschaft verbunden sind.

Die Eidgenossenschaft ist ein föderales Land, das aus 26 Kantonen besteht, die durch die Eid



Robert Grimm wurde 1881 im Zürcher Oberland in eine Arbeiterfamilie geboren. Als sozialdemokratischer Nationalrat organisierte er im Februar 1918 in Olten eine Konferenz, auf der Mittel zur Bekämpfung der durch den Bundesrat geplanten allgemeinen Zivildienstpflicht vereinbart wurden. Als Präsident des Oltener Aktionskomitees war er die treibende Kraft bei der Organisation des dreitägigen Landesstreiks vom 11. bis zum 14. November 2018.



Emil Sonderegger wurde 1868 als Sohn eines Industriellen in Hersau geboren. Mit dreissig Jahren begann er seine Laufbahn in der Schweizer Armee, begannen beim Hauptmann 1906 bis zum Oberstdivisionär 1918. In dieser Funktion befehligte er die Ordnungstruppen in der Stadt Zürich während des Landesgeneralstreiks. Sonderegger sah in den Aktionen von Robert Grimm und dem Oltener Aktionskomitee einen bolschewistischen Umsturzversuch, den er auch mit militärischer Gewalt zu verhindern bereit war.

Aus Sicht der Bundesanwaltschaft bot vor allem der – bis zur Gründung der Bundespolizei 1935 – fehlende nationale Nachrichtendienst eine Grundlage für die Zusammenarbeit mit den privaten, antikommunistischen Ermittlern des SVV. So gab der Chef des Polizeidienstes der Bundesanwaltschaft Werner Balsinger anlässlich einer Befragung zur Zusammenarbeit mit dem SVV 1948 zu Protokoll, dass die Meldungen des SVV die Funktion eines national tätigen Nachrichtendienstes übernommen hatten: «Meine direkten Beziehungen zum [S]VV liegen hauptsächlich in der Zeit vor der Errichtung der Bundespolizei. Damals war die politisch-polizeiliche Information im allgemeinen in der Schweiz wenig entwickelt. Die Bundesanwaltschaft hatte Mühe, sich eine gründliche politisch-polizeiliche Information zu beschaffen [...]. Gerade in dieser Zeitspanne waren die Informationen des [S]VV als Ergänzung oder vielmehr als Ausgangspunkt für amtliche Erhebungen besonders willkommen.»

Gerade durch diese sich hier offenbarende, extensive Zusammenarbeit der Behörden mit dem zivilgesellschaftlichen Akteur SVV war Antikommunismus in dieser Zeit nicht nur ein zentrales Element des schweizerischen Staatsschutzes, sondern auch des schweizerischen Selbstverständnisses, das einer kritischen Hinterfragung antikommunistischer Praktiken im Weg stand. Der Aufbau eines präventiv tätigen, auf die innere Sicherheit fokussierten, tendenziell repressiven Staatsschutzes, der die Überwachung und Verfolgung politischer Gesinnung im Fokus hatte, war Teil eines antikommunistischen Sicherheitsdispositivs mit nachhaltigen Folgen für das Verhältnis von Staatsschutz und Grundrechten.

Erst ab 1946 wurde die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit des SVV mit dem Bundesrat und der Bundesanwaltschaft Gegenstand öffentlicher Debatten und eines veritablen Skandals. Mehrmalige Interpellationen und Kleine Anfragen linker Politiker führten zu einer schrittweisen Aufdeckung des privaten Nachrichtendienstes, welcher notabene über Jahre hinweg einen Beamten der Stadtpolizei Zürich bestochen hatte und so zu zusätzlichem Nachrichtenmaterial gekommen war. Nach der Verurteilung und dem darauffolgenden Rücktritt seines Nachrichtendienstsekretärs war der SVV auf nationaler Ebene am Ende seiner seit 1919 dauernden Tätigkeit angelangt. Einzelne Sektionen blieben auf kantonaler Ebene aber noch weiter aktiv, darunter die Zürcher Vaterländische Vereinigung, deren Existenz bis mindestens 1955 belegt ist oder die Aargauische Vaterländische Vereinigung, die heute unter dem Präsidium von SVP-Nationalrat Andreas Glarner steht und mit dem Slogan «Wachsam seit 1918» für sich wirbt.

Von Dorothe Zimmermann

Dr. des. Dorothe Zimmermann ist Historikerin und schrieb ihre Dissertation über den Schweizerischen Vaterländischen Verband, Antikommunismus und den Staatsschutz. Sie arbeitet zurzeit als Sammlungsleiterin und Kuratorin am Institut für Medizingeschichte der Universität Bern.

** Dieser Artikel ist die stark gekürzte Fassung eines Aufsatzes, welcher im Herbst 2018 in einer Publikation zum Landesstreik bei Hier + Jetzt erscheint.*

Vom General- zum Sorgestreik

Wir feiern in diesem Jahr Marx’ 200. Geburtstag, 50 Jahre 68er-Revolution und der Generalstreik jährt sich zum hundertsten Mal. Diese Ereignisse verdienen Beachtung über das linke Spektrum hinaus. Die Jubiläen werden aber nicht nur Anlass zu feiern, sondern fordern auch den Blick in die Zukunft. Der neoliberale Umbau zentraler Lebensbereiche, Sparmassnahmen und die Multikrisen das Kapitalismus lassen erahnen, dass es so nicht weitergehen kann. Das weite Feld der Care Arbeit betrachtend, das ökonomische, ökologische und politische Krisen verbindet, soll versucht werden, eine Brücke zwischen alten und neuen Kämpfen zu schlagen – und schliesslich Vorschläge für eine neue Zukunftsgestaltung zu unterbreiten.

1918 – die verdrängte Rolle der Frauen

Der Generalstreik: Er brachte die 48-Stunden Woche, mit 30-jähriger Verspätung die AHV und schliesslich, knapp ein halbes Jahrhundert später, auch das Frauenstimmrecht. Dabei war der Generalstreik, wie wir ihn heute in Erinnerung haben, vor allem ein landesweiter Männerstreik, der sich klassischerweise an Gewerkschaftsmitglieder richtete. Wenige Jahre zuvor noch verwehrten einige Gewerkschaften den Frauen die Mitgliedschaft, sodass sie sich bis 1908 vor allem im Schweizerischen Arbeiterinnenverein (SAV) organisierten. Die politischen Entwicklungen hin zum Generalstreik führten bei den Gewerkschaften zu einem erstaunlichen Mitgliederzuwachs – natürlich auch dank der neu erlaubten Mitgliedschaften von Frauen. Ein Jahr vor dem Landesstreik führte die Textilarbeitergewerkschaft erstmalig mehr weibliche Mitglieder als männliche. Dennoch blieb das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Frauen ambivalent. Während man einerseits begann, Frauen gezielt zu organisieren, wurde andererseits auch versucht, sie aus den Betrieben zu verdrängen, wenn Sorge bestand, dass vermehrte Frauenerwerbsarbeit zu Lohndruck führen könnte.

Frauen machten sich in dieser Zeit dennoch sichtbar. Am 10. Juni 1918, im Vorfeld des Landesstreiks, demonstrierten vor dem Zürcher Rathaus 1300 Arbeiterinnen gegen die mangelhafte Lebensmittelversorgung. Eine von ihnen war Rosa Bloch-Bollag. Die «rote Rosa» forderte in ihrer Rede «die sofortige Beschlagnahme aller Lebens- und Bedarfsartikel, Enteignung und Verteilung derselben unter Kontrolle der Arbeiterschaft nach

Massgabe des Bedarfs, nicht des Besitzes.» Auch wenn die Verbesserung der Versorgungslage im Landesstreik selbst nur eine von neun Forderungen war, so war sie zentral für viele Proteste und Widerstände im Frühjahr und Sommer 1918. Die Lebenssituation der Vielen war damals höchst prekär. Während sich wenige am Kriegsmaterial-export bereicherten, kämpften die ArbeiterInnen mit Armut, Hungersnot und knaptester Lebensmittelteilung.

Zum Jahresende wurde die Forderung erfüllt, wie der «Vorkämpferin», der Monatszeitschrift des SAV, zu entnehmen war: «Die Waren auf dem Gebiete der Stadt Zürich wurden beschlagnahmt, die Einkäufe waren nur für den Tagesbedarf zu machen, jede Hamsterei der besitzenden Klassen war somit ausgeschlossen. Als Ausweis galt das Rationierungsbuch der Stadt. Was wir immer wieder und stets umsonst gefordert haben, ist durch den Streik verwirklicht worden. (Leider nur als vorübergehende Streikmassnahme.) All dies war möglich, als die Arbeiterschaft für ein paar Tage König war, als die wirkliche Regierung Zürichs nicht im Obmannamt, sondern im Volkshaus sass.»

1991 – Wenn Frau will, steht alles still

73 Jahre später folgte ein zweiter wichtiger politischer Streik, dessen Grösse deutlich weniger im Gedächtnis der Gesellschaft haftet. Die zentrale Forderung, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, leitete sich aus dem 1981 in der Verfassung definierten Grundrecht ab. Doch zehn Jahre nach Bestehen des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung hatte sich nichts an der Lohnungleichheit geändert.

Angeregt wurde der Streik von einigen Uhrenarbeiterinnen im Vallée de Joux. Die Frauen des Schweizerischen Metall und Uhrenarbeiterverbands – kurz SMUV – stellten einen Streikartag auf dem 1990 stattfindenden Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, der unter dem Thema «10 Jahre Gleichstellung in der Verfassung» stand. Ohne viel Beachtung wurde er angenommen. Niemand konnte abschätzen, was der Aufruf in Bewegung setzen würde. In vielen Städten organisierten sich Frauen und diskutierten, wie man den Streik umsetzen könnte. Immerhin handelte es sich um einen doppelten Streik: Streik am Erwerbsarbeitsplatz und Streik der Versorgungsarbeit in den privaten Haushalten. Schnell

Rechtsbürgerliche Reaktionen auf den Landesstreik

Der landesweite Generalstreik vom November 1918, der sogenannte Landesstreik, war nicht nur eine der schwersten politischen Krisen in der Schweiz, er hatte auch nachhaltige Folgen für die gesellschaftspolitische Konstellation bis in den Zweiten Weltkrieg hinein. Neben einigen sozialpolitischen Konzessionen an die Arbeiterschaft hatte der Landesstreik von 1918 vor allem repressive Folgen. Die systematische Ausgrenzung der Sozialdemokratie in den Jahren nach dem Landesstreik, die jahrelange, staatschützerische Überwachung der Linken, die Entstehung rechtsbürgerlicher Gruppierungen wie auch das Eingehen von Allianzen der Regierung mit ebensolchen Gruppierungen zur Bekämpfung des Kommunismus können als Folgen des Landesstreiks genannt werden. Die Jahre um den Landesstreik gelten damit auch als politische Weichenstellung für die schweizerische Gesellschaft des 20. Jahrhunderts, in dem die liberale Schweiz des 19. Jahrhunderts zunehmend durch einen antikommunistischen, reaktionären Diskurs verdrängt wurde.

Verschwörungstheorien über die Arbeiterbewegung und Ängste vor einem Umsturz bestanden in Teilen des Bürgertums schon Jahrzehnte vor dem Streik. In verschiedenen Orten wurden Bürgerwehren zur Abwehr der angeblich bevorstehenden Revolution gegründet und die Armeeführung liess bekanntlich schon am 5. November 1918 in Zürich Truppen einmarschieren. Als Grund für den Militäraufmarsch nannte sie Putschgerüchte anlässlich des ersten Jahrestages der Russischen Revolution. Schon vor dem Landesstreik standen auf Seiten des Bürgertums also alle Zeichen auf Sturm. Der Landesstreik von 1918 vermochte diese seit längerem brodelnden Vorstellungen, die Arbeiterschaft bereite die Revolution vor, zu bündeln und führte zu einer massiven Mobilisierung des Bürgertums. In mehreren Städten wurden mit der Ausrufung des Landesstreiks Bürgerwehren gegründet, die grossen Anklang fanden. In Basel folgten noch während des Streiks rund 6’000 Mitglieder dem Aufruf, in Zürich waren es gar 10’000 Männer, die sich in die in den Zunfthäusern aufgelegten Listen einschrieben. Neben Zürich und Basel wurden etwa auch in Genf, Bern, Luzern und im Kanton Aargau Bürgerwehren aufgestellt. Mehrere SAC-Sektionen organisierten zudem Protestveranstaltungen gegen den Landesstreik. Und kurz nach dem Streik, am 24. November 1918, fand im Amphitheater Vidnonissa, in aargauischen Windisch, eine bürgerliche Gegenveranstaltung zum Landesstreik statt, an der rund 12’000 Personen teilnahmen. Hier wurde beschlossen, alle Bürgerwehren und patriotischen Gruppierungen in einem Verband zu vereinen: dies war die Geburtsstunde des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes (SVV), der im April 1919 gegründet wurde und der Politik und Gesellschaft während der kommenden 30 Jahre im Sinne seiner antikommunistischen Grundsätze massiv beeinflussen sollte. Bürgerwehren und vaterländische Organisationen konnten dem Verband als Sektionen beitreten, damit gelang dem SVV eine fast vollständige Abdeckung aller Kantone.

Zwar wurden überall Bürgerwehren gegründet – zu Einsätzen kam es jedoch kaum: In Genf haben sich die Bürgerwehr-Freiwilligen für die Aufrechterhaltung des Trambetriebs und der Milchversorgung eingesetzt, in Aargau wurde ein Kurier- und Meldedienst eingerichtet und in Basel verteidigte die mit Stöcken bewaffnete Bürgerwehr einzelne Geschäfte. Weitere Einsätze von Bürgerwehren haben 1918 jedoch nicht stattgefunden und auch in den folgenden Jahren sind kaum Einsätze überliefert. Die Forschung zu den mit den schweizerischen Bürgerwehren vergleichbaren Einwohnerwehren in Deutschland zeigt denn auch, dass der tatsächliche militärische und ordnungspolitische Wert solcher Milizwehren gering war, was auch für die Bürgerwehren in der Schweiz gilt. Es war ein überdimensioniertes Militäraufgebot und nicht die Bürgerwehr, mit welchem die Streikenden in Schach gehalten und wichtige Dienste aufrechterhalten wurden.

Unabhängig von der Frage des militärischen Nutzens der Milizwehren stellte sich für Militär und Bundesrat nach Beendigung des Landesstreiks die Frage nach der rechtlichen Stellung der neu entstandenen Organisationen. Der Bundesrat befürchtete eine unnötige Provokation der Arbeiterschaft und lehnte eine finanzielle Unterstützung der Bürgerwehren ab. Auch General Wille äusserte sich tendenziell skeptisch gegenüber den Bürgerwehren. Generalstabschef Theophil Sprecher sah in ihnen hingegen eine wichtige Ergänzung der militärischen Ordnungstruppen, ebenso der Kommandant der Zürcher Ordnungstruppen und spätere Generalstabschef Emil Sonderegger. Sprecher und Sonderegger formulierten schliesslich mögliche Einsatzgebiete – die Bewachung von Gebäuden, den Schutz von Arbeitswilligen und die Übernahme von Hilfsdiensten – und legten fest, dass die Frage nach der rechtlichen Anerkennung der Bürgerwehren bei Kantonen und Gemeinden und nicht beim Bund liegen soll. In den Kantonen Luzern, Freiburg, Aargau, Zürich, dem Tessin und der Waadt wurden den Bürgerwehren in der Folge halb-offizielle, hilfspolizeiliche Funktionen zugewiesen. Das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) rüstete die kantonale anerkannten Bürgerwehren mit Waffen und Munition des Bundes aus. Zugleich wurden an verschiedenen Orten im Land Munitionsdepots für die Bürgerwehren errichtet. Die Entdeckung solcher Lager führte zu einigen linken Interpellationen. Die militärische

Ausrüstung der Bürgerwehren wurde in der Beantwortung von EMD-Chef Karl Scheurer jedoch nicht etwa kleingeredet, sondern als legitim deklariert und die Bürgerwehren damit nachträglich auch von Seiten des Bundes anerkannt.

Bereits Ende 1920 begann jedoch der Niedergang der Bürgerwehrbewegung. Viele Bürgerwehren verloren ab den frühen 1920er Jahren die Mehrzahl ihrer Mitglieder und spätestens seit 1930 bestanden die sie in den meisten Kantonen nur noch auf dem Papier. Die Bürgerwehren waren somit zwar eine «eindrückliche» Demonstration bürgerlicher Kampfbereitschaft, hatten letztlich aber wenig Konsequenzen. Viel effektiver war die anschliessenden Verlagerung der Aktivitäten des SVV in den Bereich des Streikbrecherdienstes wie auch des Staatsschutzes: Es kam gewissermassen zu einer Verlagerung von der Strasse weg, hinein in die Institutionen, wo sie für die Öffentlichkeit weniger sichtbar waren.

Der SVV verfügte über drei Dienstzweige: Einen Pressedienst, einen Werkdienst sowie einen politischen Nachrichtendienst. Der Werkdienst des SVV hatte die Funktion eines Streikbrecherdienstes und stellte für verschiedene, als lebensnotwendig eingestufte Betriebe wie Bahn, Elektrizitätswerke oder Telefonzentralen Streikbrecher zur Verfügung. Ab 1922 baute der SVV im Bereich der Streikbekämpfung eine Kooperation mit den Behörden und den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) auf. Ein erster Einsatz des Werkdienstes fand während des gesamt-schweizerischen Typographenstreiks 1922 statt, im selben Jahr konnte der SVV die bestehende Streikbrecher-Organisation der SBB übernehmen. Die SBB finanzierten zusammen mit dem EMD von 1927 bis 1931 auch Ausbildungskurse für die Werkdienstfreiwilligen. Neben den SBB war auch die Schweizerische Post am Werkdienst des SVV beteiligt. Bereits in den 1930er Jahren sind – unter anderem aufgrund eines Rückgangs des Streikaufkommens in den späten 1920er Jahren und dem Bekenntnis der Sozialdemokratie zur militärischen Landesverteidigung 1935 – keine weiteren Einsätze des Werkdienstes mehr bekannt und die Behörden beendeten die Kooperation mit dem SVV.

Es wurden hier jedoch die Grundlagen für ein Netzwerk zwischen dem SVV und den Behörden gelegt, welches in den 1930er Jahren im Bereich des Staatsschutzes und des Nachrichtendienstes nachhaltig wirken sollte. Hauptziel des SVV in den 1930er Jahren war der Ausbau des Staatsschutzes und damit eine präventive Abwehr des Kommunismus, die der Öffentlichkeit – anders als mit den Bürgerwehren – in aller Regel verborgen blieb. Ab etwa 1930 war der politische Nachrichtendienst des SVV voll einsatzfähig und sekundierte in Zukunft die Tätigkeiten der Bundesanwaltschaft. Der Nachrichtendienst lieferte den Bundesbehörden, vor allem der Bundesanwaltschaft, über Jahre hinweg Meldungen zu Kommunisten, zu angeblichen Umsturzvorbereitungen und anderen potentiellen Gefahren. Hierfür arbeitete er mit Vertrauensleuten aus dem Verbandsumfeld zusammen. Daneben unterhielt der SVV auch Kontakte zu Spitzeln, welche die KPS infiltrierten. Einige davon waren bereits vor ihrer Anheuerung als Spitzel Mitglied der KPS gewesen, andere traten mutmasslich eigens für den Spitzeldienst in die Partei ein. Die Spitzel wurden für ihre Dienste bezahlt, die verbandsinternen Vertrauensmänner arbeiteten unentgeltlich, konnten jedoch ihre Spesen für Bahnreisen und Telefongespräche geltend machen. Sowohl die Vertrauensmänner als auch die Spitzel hatten zur Aufgabe, Mitglieder der KPS und der SPS wie auch deren Versammlungen zu beobachten und verdächtige Entwicklungen zu melden. Den Spitzeln des SVV gelang es immer wieder, in wichtige Entscheide der KPS eingeweiht zu werden oder geheimes Material (etwa zu Abstimmungskämpfen) in die Hände zu bekommen. Für die Vertrauensmänner, die nicht Mitglieder der Partei waren, war die Überwachungstätigkeit schwieriger zu bewerkstelligen: Sie versuchten sich etwa «als Arbeiter verkleidet» in Versammlungen einzuschleichen, gaben sich als Kommunisten aus und suchten so das Gespräch mit Parteimitgliedern oder beobachteten Versammlungen von benachbarten Gebäuden aus.

Spitzel und Vertrauensmänner schickten ihre Beobachtungen an das Nachrichtendienstsekretariat des SVV, von wo aus die relevanten Meldungen an die betreffenden Bundesbehörden weitergereicht wurden. Die meisten Nachrichtendienstmeldungen gingen aufgrund ihrer Aufgabe als Anklagebehörde sowie als Leitung der politischen Fremdenpolizei an die Bundesanwaltschaft. Diese übertrug die gemeldeten Informationen des SVV konsequent in bereits vorhandene Personenfichen oder eröffnete neue Fichen und leitete die SVV-Meldung zudem zu weiteren Abklärungen an die betreffenden politischen Polizeistellen der Kantone weiter. So sind zahlreiche polizeiliche Massnahmen festzustellen, die indirekt auf Meldungen des SVV zurückzuführen sind: Mehrere Personen wurden polizeilich überwacht, einige im Laufe der gegen sie erhobenen Ermittlungen verhört, ihre Häuser oder Wohnungen durchsucht und ihre Post zensiert. Darüber hinaus kam es vereinzelt auch zu drastischeren Massnahmen wie Gefängnisstrafen, Nichterteilung der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung oder erneute Überprüfung von bereits erteilten Einbürgerungsbewilligungen. Es gibt zudem mehrere Hinweise darauf, dass aufgrund einer Meldung des SVV die Ausweisung der gemeldeten Personen angeordnet wurde.

IN KÜRZE

SP will forcierte Integration von Flüchtlingen

(sda)

Forderungen 25 Jahre nach dem Frauenstreik

(sda)

Schweiz am Wochenende <p>17. Februar 2018</p>
--

MEDIEN

Bund muss im Konflikt um die SDA schlichten

(SDA)

die für ein Funktionieren der Gesellschaft sorgen. Es vergeht kein Tag, an dem nicht jemand Essen zubereitet, Kindertränen trockenet oder Kranke pflegt. Und dennoch gerät die Care-Arbeit aus dem Blick, wenn über Ökonomie oder gesellschaftliche Krisen diskutiert wird. Die innerfamiliäre Gratis-Care Arbeit führt bei Frauen häufig zu Altersarmut, und der Mangel an bezahlter Care-Arbeit birgt ein Krisenrisiko, das wohl grösser ist als so manche Immobilienblase. Das Schweizerische Gesundheitsobservatorium schätzt, dass bis 2030 50’000 Pflegekräfte, darunter 30’000 mit tertiärer Ausbildung, allein in der Schweiz fehlen. Und das hat Gründe.

Schweizer Pflegende berichten von stark gestiegenen Leistungsanforderungen in ihrem Arbeitsalltag. Diese Arbeitsintensivierung erschwere oder verunmögliche es ihnen, ihre Arbeit so zu erledigen, wie sie es aufgrund ihres beruflichen Pflegeanspruches tun müssten. Viele erzählten ebenfalls, dass sie dies emotional und gesundheitlich belastete und sie an ihre persönlichen Grenzen führe. Zusätzliche psychische Belastung entsteht durch die Furcht, aufgrund des Arbeitsstresses und des Zeitdrucks Fehler zu machen, der die Sicherheit der Patient*innen gefährden könnte.

Die massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die gesundheitliche Belastung der überwiegend weiblichen Pflegenden führt dazu, dass viele in ihrem Beruf keine Zukunft sehen. Laut einer Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums haben 2011 bis 2013 fast die Hälfte aller Pflegefachfrauen in der Schweiz den Beruf aufgegeben! Die 2013 eingeführte neue Spitalfinanzierung und die mit ihr verbundenen Fallpauschalen haben diese Tendenzen der Arbeitsintensivierung noch wesentlich verstärkt.

Grenzen eines kollektiven Protestverhaltens

Wenn die Arbeitsbelastung der Pflegenden in den letzten Jahrzehnten derart zugenommen hat, stellt sich die Frage, warum kollektive Protestformen in der Pflege so selten stattfinden. Neben den institutionellen Einflüssen, wie der Friedenspolitik bei bestehendem Gesamtvertragsrat, hat v.a. der Fakt, dass hier mit Menschen gearbeitet wird, einen enormen Einfluss auf die Protestformen. Pflegende können nicht gleichermassen streiken wie ArbeiterInnen in Industriebetrieben: Die Menschen, mit

denen sie arbeiten, können nicht einfach aufs Abstellgleis gestellt werden wie Maschinen. Die Arbeitskämpfe im Pflege- und Sorgebereich müssen sich also von klassischen Streikkonzepten unterscheiden.

Ähnlich verhält es sich mit dem kontinuierlichen Versuch, Betreuungs- und Sorgearbeit nach wirtschaftlichen Kriterien zu organisieren. Während Rationalisierung und Ökonomisierung in industriellen Betrieben zu Effizienzsteigerungen führen können, führt die Ökonomisierung im Sorgebereich zu einer Abnahme der Betreuungs- und Sorgequalität. Im Industriebetrieb können durch Arbeitsteilung, Zunahme der Stückzahl etc. Abläufe optimiert werden, ohne dass die Qualität des Produkts schlechter wird. In der Pflege- und Betreuungsarbeit geht aber die zeitliche Verkürzung der Abläufe mit einem massiven Qualitätsverlust einher. Wir können nicht schneller Waschen, Trösten oder Betreuen. Und mit zunehmender Anzahl von Kleinkindern und PatientInnen wird die Betreuungs- oder Pflegearbeit sicher nicht effizienter. Die Qualität dieser Arbeit ist untrennbar mit dem Faktor Zeit verbunden.

Neue Formen der Arbeitskämpfe

In Berlin gingen im Sommer 2015 unter der zunehmenden Belastung hunderte Pflegenden für bessere Arbeitsbedingungen auf die Strasse. Die Tarifbewegung für mehr Pflegefachpersonal an der Charité, eine der grössten Universitätskliniken Europas, hat international für Aufsehen gesorgt. Ein neues Streikmodell: der Betten- und Stationsschliessungsstreik, hat den Pflegenden erstmals in der Geschichte des Universitätsspitals ermöglicht, mit ihrem Protest tatsächlichen ökonomischen Druck auszuüben: Während elf Tagen wurden 1500 Betten bestreikt, 90 Prozent der Operationen fielen aus und pro Tag machte die Charité eine halbe Million Euro Verlust.

Der Charité-Streik hat gezeigt, dass die Notwendigkeit für Veränderungen im Gesundheitswesens besteht, und dass Widerstand gegen Ökonomisierung auch hier möglich ist. Sie wäre aber niemals so erfolgreich gewesen, wenn das Pflegepersonal nicht von einem breiten Bündnis einer Bürgerrechtsbewegung der PatientInnen und Angehörigen unterstützt worden wäre. Die Solidarisierung grosser Teile der Bevölkerung mit den Streikenden hat gezeigt, dass die Gesundheit eines der zentralsten öffentlichen Güter ist, welches alle betrifft. Der Streik und die Solidarität, die er erfuhr, veränderte mehr als nur das Kräfteverhältnis der Pflegenden zum Spital. Er greift in das gesellschaftliche Verständnis von Pflege ein und nimmt uns alle als potenzielle Kranke, Alte und Angehörige mit: Die Pflegearbeit wird schliesslich aus Notwendigkeit heraus getan. Und sie muss gut getan werden können, oder schlicht: menschlich.

Teilzeit für alle!

Doch es braucht mehr als einzelne erfolgreiche Streiks, um den Herrschaftsknoten zu entwirren, der patriarchale Strukturen, politische Herrschaft und Kapitalismus miteinander verflochten. Es ist an der

Zeit, den Begriff «Arbeit» und die Politik darum neu zu denken: Wozu arbeiten wir? Während auf der einen Seite ganze Gesellschaften im Zuge der Digitalisierung um Arbeitsplätze bangen, bleibt notwendige Arbeit unsichtbar und unerledigt.

Dem müssen wir ein Umverteilungs- und Aneignungsprojekt von Arbeit und Zeitverfügung entgegensetzen – wir brauchen eine Zukunft, in der man sich in der Arbeit zuhause fühlt!

Die deutsche Soziologin Frigga Haug schlägt mit ihrer Vier-in-einem-Perspektive ein solches Projekt vor. Jede Gesellschaft muss vier Bereiche regeln: Die Produktion des Lebens, die Produktion der Lebensmittel, die Schaffung von Kultur, und die zivilgesellschaftliche Gestaltung der Bereiche selbst. Diese, sich mitunter feindlich gegenüberstehenden Bereiche, müssen demokratisiert werden. Anstatt also drei Bereiche der Erwerbsarbeit zuzuordnen, sollen sie nebeneinanderstehen, sich ergänzen und auf diese Weise menschlich werden. Ebenso dringlich, wie also eine gleiche Verteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit ist, ist auch eine Verteilung kulturellen Schaffens und Geniessens, sowie der politischen Arbeit zu gleichen Teilen notwendig; denn es gilt die Gesellschaft verantwortungsvoll und basisdemokratisch zu organisieren. Diese Aufteilung, der für die Gesellschaft notwendigen Arbeit, gilt es grösser zu denken, als zwischen den Geschlechtern. Der Vorschlag zielt auf eine vollkommen neue Ordnung ab, die alle Menschen und alle Bereiche des Lebens gleichermaßen berücksichtigt, und damit nicht nur Symptome eines ausbeuterischen und unterdrückenden Gesellschaftsmodells bekämpft, sondern dessen Ursachen behebt.

Jede*r soll sich in die Gesellschaftsgestaltung einmischen können und auf eine alle bereichernde Weise Politik machen. Doch auch der Bereich der Musse und Selbstentwicklung braucht seine Zeit. Das alles geht mit Vollzeitwerbsarbeitsplatz genauso wenig, wie mit Alleinverantwortlichkeit für Haushalt, Kinder oder ältere Personen. Es braucht also auch neue Modelle des menschlichen Miteinanders.

Diese Vision wird die akute Care-Krise, in der wir uns befinden, nicht sofort lösen, aber Denk- und Handlungsspielräume für ein neues Zusammenleben schaffen, das von den Kämpfen der Frauen und der Pflegefachpersonen auf bunte, widerständige Weise inspiriert werden kann.

Lasst uns also die Verfügung über Zeit demokratisieren. Nennen wir es: die grosse Aneignung.

Von Franziska Stier und Mel Kalera

Mel Kalera studierte Soziologie und Politikwissenschaft an der Uni Freiburg; Franziska Stier war sechs Jahre lang Gewerkschaftssekretärin der Unia und nun Parteisekretärin BastA!

Dank gilt auch Adrian Zimmermann für die Bereitstellung diverser Quellen zur Situation der Frauen im Generalstreik.

Altertum | In einem Keller in Grimentz lagern 72 uralte Käse-Laibe

Käse mit Baujahr 1875